

2846/J XXI.GP
Eingelangt am: 26.09.2001

Anfrage

des Abgeordneten Dr. Caspar Einem
und Genossinnen und Genossen
an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten
betreffend

der Verhaftung des Kärntner Geschäftsmannes durch slowenische Organe am Loiblpass.

In mehreren Tageszeitungen vom 7. 9. 2001 finden sich Berichte über die Verhaftung eines Kärntner Geschäftsmannes durch slowenische Organe am Loiblpass. Dem Kärntner wird vorgeworfen, der Eigentümer von vier Containern mit ca. 50 Tonnen Waffen zu sein, die angeblich für die Rebellen im Kosovo oder in Mazedonien bestimmt waren. In diesen Berichten wird auch darüber informiert, dass das Außenministerium Kontakt mit der Familie des Verhafteten aufgenommen und überdies versichert hätte, der Mann werde konsularisch betreut.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende Anfrage:

- 1.) Wurde vom Außenministerium Kontakt mit der Familie des verhafteten Kärntners aufgenommen?
- 2.) Wurde vom Außenministerium auch mit den Familien der in Genua verhafteten Mitglieder des sogenannten Volxtheaters aufgenommen?
- 3.) Wenn nicht, was rechtfertigt die unterschiedliche Behandlung?
- 4.) Haben Sie auch im Falle des in Slowenien verhafteten Kärntners im BM für Inneres nachgefragt, ob Vormerkungen über ihn vorliegen?
- 5.) Liegen Vormerkungen im BM für Inneres vor, die ihnen bekannt gegeben wurden?
- 6.) Wie lauteten die Informationen durch das BM für Inneres?
- 7.) Haben Sie diese allfälligen Mitteilungen des BM für Inneres an die slowenischen Behörden weiter gegeben?

- 8.) Wieviele Waffen muss ein Österreicher besitzen bzw. mit sich führen, damit das BM für auswärtige Angelegenheiten sofort Kontakt mit seiner Familie aufnimmt bzw. sofort erklärt, die Person werde konsularisch betreut?
- 9.) Halten Sie den Inhalt der vier Container für Requisiten?
- 10.) Welchen Vorwurf halten Sie für schwerer wiegend, den gegen den Kärntner Gesschäftsmann oder den gegen die Angehörigen des Volxtheaters?
- 11.) Können Sie sicher stellen, dass Sie in Hinkunft alle österreichischen Staats - bürgerInnen unabhängig von den ihnen im Ausland allenfalls zur Last gelegten Vorwürfen gleich behandeln, ihre Familien verständigen und sie umgehend konsularisch betreuen lassen werden?